

Die lange Nacht der Wahrheit

Steuerdebatte Heute wollen sich Union und FDP auf Entlastungen für die Bürger einigen. Der CSU-Finanzexperte Eduard Oswald warnt mit Blick auf die Staatskassen vor zu hohen Erwartungen

VON JÖRG SIGMUND

Augsburg/Berlin Es geht ums Geld und es wird wohl eine lange Nacht: Heute Abend treten die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP in der Arbeitsgruppe Haushalt und Finanzen in eine entscheidende Phase. In der hessischen Landesvertretung in Berlin dreht sich dabei fast alles um die Frage, wie hoch die geplanten Steuersenkungen tatsächlich ausfallen. Der Ton ist rauer geworden, und zusätzlich belastet werden die Gespräche durch neue Haushaltslöcher. So sind die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,4 Prozent

„Alle wollen ein Ergebnis. Doch am Ende wird es Kompromisse geben müssen.“



CSU-Finanzexperte
Eduard Oswald

eingebrochen – in den ersten drei Quartalen lagen sie mit 352,84 Milliarden Euro um sechs Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Das macht die Aufgabe von CDU/CSU und Liberalen, die im Wahlkampf wortgewaltig deutliche Entlastungen für die Menschen versprochen hatten, noch schwerer. Der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg konstatierte bereits: „So schlecht wie diesmal war die Ausgangslage für eine neue Regierung noch nie.“ Vor diesem Hintergrund seien Steuersenkungen für das Jahr 2011 schlichtweg „nicht drin“.

Vor allzu hohen Erwartungen warnt der Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundestag, Eduard Oswald (Kreis Augsburg). „An den Zahlen des Haushalts kommt niemand vorbei, ein Koalitionsvertrag ist kein Wunschkonzert“, sagte der CSU-Politiker im Interview mit unserer Zeitung. Alle drei Parteien sei-

en jedoch fest entschlossen, aufeinander zuzugehen. Oswald: „Alle wollen ein Ergebnis, das auch von den jeweiligen Anhängern akzeptiert wird. Am Ende wird es Kompromisse geben müssen.“

Doch nur wer Haushaltsdisziplin übe, könne auch entlasten. Deutschland müsse den Marsch in den Schuldenstaat stoppen. „Es müssen Wachstumskräfte freigesetzt wer-

den, damit Arbeit gesichert und geschaffen wird“, betont der 62-Jährige. „Daneben muss den Menschen mehr netto vom Brutto in der Tasche bleiben.“

Oswald ist überzeugt, dass es der schwarz-gelben Regierung gelingt, das Steuerrecht zu vereinfachen. „Wir müssen Ungerechtigkeiten beseitigen.“ Das Problem der kalten Progression führe bei der Mehrheit

der Steuerzahler dazu, dass von Lohnerhöhungen real immer weniger übrig bleibe. Die betreffe den Facharbeiter ebenso wie die junge Ingenieurin.

Dass die FDP deutlich mehr will und mit Forderungen nach Steuer-senkungen in Höhe von 35 Milliarden Euro in die Koalitionsverhandlungen ging, weiß Oswald. Doch auch hier bremst er allzu große Hoffnungen. „Es gilt, das Wünschenswerte mit dem Realisierbaren zu vereinbaren.“

Trotz der engen finanziellen Spielräume – näher gekommen sind sich die Verhandlungspartner gestern durchaus. Wie aus Teilnehmerkreisen verlautete, soll es schon zum Jahreswechsel ein „steuerliches Sofortprogramm“ geben, in dem neben Korrekturen bei der Erbschaft- und Unternehmensteuer auch erste Entlastungen bei der Einkommensteuer geplant sind. Über eine Anhebung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags ist dagegen noch keine Entscheidung gefallen. Diskutiert wird, den Kindergrundfreibetrag von 6024 auf 7000 Euro und das Kindergeld von 164 auf etwa 180 Euro anzuheben.

Weitgehend einig sind sich Union und FDP zudem über Korrekturen an der Unternehmensteuerreform. Ein Streitpunkt bleibt dagegen die Gewerbesteuer, die die Liberalen abschaffen wollen. Für Oswald kein Thema: „Sie ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen.“ Daran dürfe nicht gerüttelt werden.

Forderungen nach einer Pkw-Maut, die in den Verhandlungsrunden mit Blick auf die leeren Staatskassen laut werden, hält Oswald indes für falsch. „Ich persönlich habe die Pkw-Maut stets abgelehnt, weil sie zu einer Verkehrsverlagerung auf die Bundes-, Staats- und Landstraßen führt.“ Neue Belastungen für die Autofahrer, so Oswald, dürfe es nicht geben.

Offene Fragen gibt's also genug. Es wird eine lange Nacht der Wahrheit in Berlin.

AZ 14.10.2009 Politik (Fortsetzung)

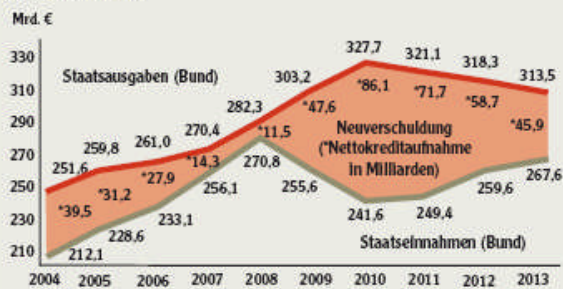


Seit Jahren ein Versprechen der CSU in Wahlkämpfen: Den Menschen soll mehr netto vom Brutto in der Tasche bleiben.

Foto: ddp

Milliardenlöcher im Bundeshaushalt 2010: Wenig Spielraum für Wohltaten der neuen Koalition

Die Finanzlücke

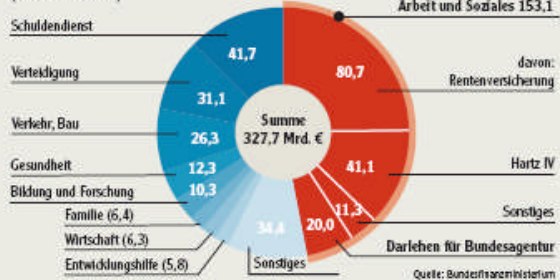


● **Schuldenfalle** Eigentlich wollte der Bund bis 2011 einen „ausgeglichene[n] Haushalt“ vorlegen – das heißt keine neuen zusätzlichen Schulden mehr zu seinen inzwischen eine Billion Euro Kreditverpflichtungen machen.

Doch vor allem die Finanzkrise mit Milliardenhilfspaketen und die geringere ausfallenden Steuereinnahmen lassen die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen mit neuen Schulden auf einen Rekord anschwellen.

Ausgaben im Bundeshaushalt 2010

(in Milliarden Euro)



● **Sparmaßnahmen** Für das Sparen ist der Spielraum begrenzt: Am Rentenzuschuss von 81 Milliarden Euro dürfte kaum gerüttelt werden. Der „Schuldendienst“, das heißt die Zinsen, die der Bund für seine Kredite zahlen muss,

ist inzwischen größer als die Etats für Verteidigung und Bildung. Zusammen mit anderen gesetzlichen Leistungen und Betriebsausgaben sind bis zu 80 Prozent des Bundesetats festgezurr.